

Die sowjetischen Gewerkschaften im Zeitalter des technischen Fortschritts

Seit der Ankündigung des Siebenjahresplanes auf dem außerordentlichen XXI. Parteitag der KPdSU (1959) fällt neben verschiedenen Umwandlungen in der Sowjetunion auch die gegenüber der Stalinzeit veränderte Stellung der Gewerkschaften innerhalb der Gesellschaft auf mannigfaltige Art ins Auge. So scheint die für die Stalinära typische völlige Entfremdung der Arbeiterklasse von der Gewerkschaftsbürokratie allmählich nachzulassen. Die Funktionen der Gewerkschaften erweitern sich nach verschiedenen Richtungen. Sie übernehmen nicht nur Aufgaben, die bisher unter die Kompetenz des Staates fielen, sondern verwandeln sich darüber hinaus in eine entscheidende Kraft bei der Lösung der brennendsten Tagesprobleme wie Berufsumschulung, Massenpropagierung von Wirtschafts- und technischen Kenntnissen, bei komplizierten Lohn- und Arbeitsfragen. Diese neue, gewichtige Stellung der Sowjetgewerkschaften spiegelt sich auch darin, daß ihr Vorsitzender *W. W. Grischin* Kandidat zum Präsidium des ZK der KPdSU ist und daß in den entsprechenden Führungsgremien der republikanischen kommunistischen Parteien die Gewerkschaftsspitzenfunktionäre der betreffenden Republik vertreten sind.

Man muß sich vor Augen halten, daß die Gewerkschaften der UdSSR eine zahlenmäßig starke Organisation sind, die 93,7 vH aller Arbeiter und Angestellten vereinigt und deren Mitgliederzahl 1961 über 58 Millionen betrug. Obgleich sie statutengemäß „selbständig“ und „unabhängig“ sind, werden die Gewerkschaften von der KPdSU als zuverlässiges Instrument zur Verwirklichung der ihr zugeordneten wechselnden Aufgaben betrachtet. Die Verflechtung der Gewerkschaftsapparate mit der KP schafft die Garantie, daß die personelle Besetzung und die Tätigkeit der Gewerkschaften sich in dem von der Partei abgesteckten Rahmen bewegen.

Diese Feststellung reicht jedoch allein nicht zum Verständnis der gegenwärtigen Situation in den Sowjetgewerkschaften aus. Zwei einander parallel laufende Prozesse vollziehen die gegenwärtige Umwandlung dieser Massenorganisation. Da wäre zunächst die Wirtschaftsentwicklung mit ihren schwerwiegenden sozialen Problemen nebst der von der KPdSU angekündigten erhöhten Rolle der „gesellschaftlichen Organisationen“, und damit vor allem der Gewerkschaften, in der „Etappe des Überganges zum Kommunismus“. Verständlicherweise kann es nicht das Ziel dieser Betrachtung sein, sämtliche für die gegenwärtige Lage in den sowjetischen Gewerkschaften typischen Merkmale aufzuzählen. Wir müssen uns vielmehr auf die Probleme beschränken, die auf Grund des technischen Fortschritts und der Automation auftauchen.

Die Gewerkschaften als Instrument der innerbetrieblichen Integration der Arbeiter

Für die derzeitige Stellung der sowjetischen Gewerkschaften sind die Bemühungen der KPdSU um eine höhere Stufe der Wirtschaftsentwicklung ausschlaggebend, wie sie im Sieben- und später in dem im neuen Parteiprogramm fixierten Zwanzigjahresplan festgelegt ist. Ohne hier darauf einzugehen, inwieweit sich diese hochfliegenden Pläne verwirklichen lassen, ist zu bemerken, daß die technische und wissenschaftliche Revolution die „materiell-technische Basis des Kommunismus“ schaffen soll.

Im Zeitalter des technischen Fortschritts und der Automation ändern sich die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in jeder Gesellschaft grund-

legend. Während früher in kapitalistischen Systemen der Arbeiter als bloße Nummer betrachtet wurde, kam es dann zu seiner „Entdeckung“ als Mensch. Von ihm wird eine neue Einstellung gegenüber den modernen Maschinen erwartet, man ist an der Hebung seiner beruflichen Qualifikation und an seiner möglichst starken Bindung an den Betrieb interessiert. Erstaunlich ähnliche Prozesse sind auch in der Sowjetunion, in einem „sozialistischen“ Staat, im Gange. Während in der Stalinzeit die gesamte Politik mit den Arbeitsreserven nur unter quantitativem Aspekt betrieben wurde, sind sich jetzt die Bürokraten und Werks direktoren darüber im klaren, daß der Wirtschaftsaufstieg weitgehend von der entsprechenden Einstellung der Arbeiter zu den ihnen anvertrauten Maschinen abhängig ist. In den letzten Jahren bemüht man sich daher um eine *maximale Integration innerhalb der Betriebe*. Während ein ähnlicher Prozeß im Westen für die Gewerkschaften eine Reihe schwieriger Probleme aufwirft¹⁾, begünstigt in der UdSSR — mag das auch paradox klingen — das bürokratische Herrschaftssystem der Kommunisten gewisse Emanzipationsprozesse innerhalb der Gewerkschaften wie auch die Erhöhung ihrer Rolle in der Gesellschaft. Wirtschaftsbehörden, Werkschrektoren und Betriebsverwaltungen vermögen die erwähnte verstärkte Bindung der Arbeitnehmer an die Betriebe allein nicht zu erreichen. So müssen die Gewerkschaften als einzig mögliche Nothelfer in die Bresche springen.

Diese neue Funktion kommt in erster Linie bei der Organisation des „sozialistischen Wettbewerbs“ zum Ausdruck, auf den auch die Chruschtschowisten keinesfalls verzichten wollen. Früher war die Rolle der Gewerkschaften die eines *Antreibers*, wobei eine rein mechanische Einstellung zur Planerfüllung vorherrschte, ganz zu schweigen von Begleiterscheinungen wie Stücklohn, Akkordprämien, Druck auf die Arbeiter, sich in ihren Leistungen auf „die Besten“ hinzuorientieren und anderen typisch ausbeuterischen Methoden. In der gegenwärtigen Entwicklungsstufe wird der Akzent nicht so sehr auf die Planerfüllung als vielmehr auf den Lebenswandel der Arbeiter, auch außerhalb des Betriebes, gelegt. So entstanden als neue Wettbewerbsform „Aktivisten“ und „Brigaden der kommunistischen Arbeit“, in welchen berufliche Fortbildung und kommunistischer Lebensstil eine untrennbare Einheit bilden sollen. Ende 1961 wetteiferten 500 000 Brigaden, bestehend aus 12 Millionen Mitgliedern, um den Titel „Brigade der kommunistischen Arbeit“, 124 000 von ihnen wurde die begehrte Auszeichnung schließlich verliehen. Von anderthalb Millionen Werk tätigen, die sich 1960 um den Titel „Aktivist der kommunistischen Arbeit“ bewarben, erhielten ihn 451 000 zuerkannt. Außerdem wetteiferten über 1000 Fabriken um den Titel „Betrieb der kommunistischen Arbeit“ — 200 von ihnen mit Erfolg²⁾.

Die mit dieser Bewegung gleichzeitig angestrebte Qualitätssteigerung der Produktion wird mit einer Sonderaktion „*Stolz auf die Fabrikmarke!*“ gekoppelt³⁾. Bei den Arbeitern soll der Ehrgeiz angestachelt werden, daß die Erzeugnisse ihres Betriebes die der Konkurrenz übertreffen usw. Die Gewerkschaftsorganisationen arrangieren gemeinsam mit den Betriebsverwaltungen Musterschauen, Wettbewerbe und ähnliches. Dieser „Betriebspatriotismus“ soll gestärkt werden, indem jeder Arbeitnehmer die Geschichte seines Betriebes kennenlernt; in Kombinat und Großunternehmen ist dies zum Pflichtfach der Lehrlingsausbildung erhoben worden.

Selbstverständlich sind keine voreiligen optimistischen Schlüsse bezüglich dieser Wandlung angebracht, stößt sie doch in der Praxis auf Schwierigkeiten, die in erster Linie

1) Siehe den aufschlußreichen Artikel von Burkhart Lutz: „Gewerkschaft im technischen Fortschritt“ in „atomzeit-alter“, Juni 1961.

2) „Professionalnyje sojusy SSSR“ (Die Gewerkschaften der UdSSR), kurzes Nachschlagewerk, Gewerkschaftsverlag der UdSSR, Moskau 1961, S. 22—28.

3) Ebenda, S. 29.

auf das bürokratische Herrschaftssystem und das Fehlen der Demokratie zurückzuführen sind. Die Gewerkschaftsführung selbst hat mehrfach auf die zahlreichen Entstellungen dieser Bewegung hingewiesen⁴⁾.

Die 1958 auf Initiative der Gewerkschaften entstandene Bewegung der *Erfinder und Rationalisatoren* liegt gleichfalls auf der Linie einer verstärkten Bindung der Arbeiter an die Betriebe. 1961 erfaßte die Unionsgesellschaft der Erfinder und Rationalisatoren 35 000 Grundorganisationen in Betrieben und Bauten sowie über 1,3 Millionen Arbeiter, technisches Personal und Angestellte. Da viele Vorschläge in der gesamten Sowjetunion Anwendung finden, geht der wirtschaftliche Nutzen in die Milliarden Rubel. Auch in diesem Fall stößt aber eine an sich gesunde Bewegung in der Praxis auf die feindselige Haltung der konservativ eingestellten Betriebsverwaltungen, ja es sind sogar Fälle bekannt, in denen selbst die verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionäre in die gleiche Kerbe hauen⁵⁾.

Eine der wichtigsten Aufgaben, in deren Bewältigung die Gewerkschaften eingeschaltet sind, ist die Berufsumschulung der Arbeiter. In der Sowjetunion ist dieses Problem um so prekärer, als das Ausmaß der manuellen Arbeit groß ist und jegliche Modernisierung mit einer unverhältnismäßig großen Freistellung von Arbeitskräften verbunden ist, deren Weiterverwendung vom Gelingen ihrer beruflichen Umschulung abhängig ist. In den letzten drei Jahren wurde unter der Patenschaft der Gewerkschaften die *Wissenschaftlich-technische Gesellschaft* (NTO) ins Leben gerufen, deren 21 Branchenfilialen 26 000 Grundorganisationen mit über 1,1 Millionen Mitgliedern umfassen. In dieser wichtigen Ausbildungsform bestreiten Wissenschaftler, Ingenieure und hochqualifizierte Arbeiter den Hauptanteil der Schulung. Wie überhaupt festzustellen ist, daß die Gewerkschaften in den letzten drei Jahren fast ihre gesamte kulturelle Tätigkeit in den Dienst der Massenpropagierung technischer Kenntnisse gestellt haben. Die „Roten Ecken“, Clubs und Kulturhäuser scheinen den ihnen in der Stalinära aufgeprägten Stil allmählich zu überwinden. Referate über abstrakte Themen sind weitgehend der Verbreitung konkreter technischer und wirtschaftlicher Kenntnisse gewichen. Die Gewerkschaftsmittel für diese Zwecke haben sich seit 1960 beträchtlich erhöht, in dem der Ministerrat der UdSSR die Betriebe anwies, 0,15 vH ihres Lohnfonds den Gewerkschaften für kulturelle Zwecke zur Verfügung zu stellen.

Als 1958 in der Sowjetunion „*ständige Produktionsberatungen*“ in Betrieben geschaffen wurden, schien es, als ob sich die Rolle der Gewerkschaften in der Leitung der Betriebe erhöhen würde. Die Erfahrung der letzten drei Jahre bestätigt aber, daß dies angesichts der herrschenden bürokratischen Gegebenheiten undurchführbar ist. Die Produktionsberatungen verwandelten sich in vielen Fällen selbst in bürokratische Institutionen reinen Wassers, die sich nur der Form halber mit den Problemen ihres Betriebes beschäftigen. Die Erweiterung des Mitspracherechts der Arbeitnehmer ist eine rein politische, ohne Demokratisierung des Systems völlig illusorische Angelegenheit, der die sowjetischen Arbeiter stillschweigend Rechnung zu tragen scheinen⁶⁾.

4) Siehe z. B. den Brief des Präsidiums des Unionszentralrates der Gewerkschaften der UdSSR an die republikanischen Gewerkschaftskomitees: „Über die Praxis der Tätigkeit der ‚Brigaden der kommunistischen Arbeit‘“, vom 19. März 1959 in „Sprawotschnik partijnogo rabotnika“ (Handbuch des Parteifunktionärs), Staatsverlag für politische Literatur, Moskau 1961, S. 607—609.

5) Ein Beispiel aus der Praxis: „Radjanska Ukraina“ berichtete am 12. Juni 1962, daß ein Arbeiter namens Snischko, nachdem er protestiert hatte, daß seine wichtigen Rationalisierungsvorschläge von der Werksleitung sabotiert wurden, von der Betriebsleitung mit Billigung der Gewerkschaftsorganisation bestraft wurde. Das ist eines von vielen Beispielen, daß sich die Gewerkschaftsfunktionäre den Werkschreibern stärker verbunden fühlen als den Arbeitnehmern.

6) Die Entartung der Produktionsberatungen bestätigt u. a. der Sekretär des Unionszentralrates der Sowjetgewerkschaften, W. Prochorow, im Artikel „Rasschirjaty obschtschestwennyje formy uprawlenija proiswodstwom“ (Die gesellschaftlichen Formen der Produktionsleitung erweitern) in „Sowjetskije profsojusy“ Nr. 1/1962, S. 6—9. Auch er stellt fest: „Die Produktionsberatungen sind nichts anderes als Helfer der Betriebsverwaltung bei der Erfüllung ihrer Produktionspläne.“

Erhöhte soziale Leistungen

Die letztthin intensiviertere soziale Betreuung der Arbeiter durch die Gewerkschaften scheint uns, ungeachtet der in der Praxis herrschenden Unvollkommenheit, aufrichtig. Erkennt doch die Gewerkschaftsführung heute klarer denn je, daß ihre „erhöhte Rolle“ in der Gesellschaft jetzt, da die Funktion des Terrors weitgehend erschöpft ist, einzig mit echten Leistungen für die Werktätigen erkaufte werden kann. Über die traditionelle kostenlose Rechtsberatung, Sozialversicherung usw. hinaus machen sich in letzter Zeit Anzeichen einer stärkeren Interessenwahrnehmung der Arbeiter durch die Gewerkschaften gegenüber Werksleitern und Behörden bemerkbar.

Darunter fällt in erster Linie der *Arbeitsschutz*, ein Abschnitt, auf dem bis heute schlechthin verheerende Zustände herrschen. Die Arbeiter sahen bisher machtlos zu, wie neue Fabriken unter Mißachtung der geltenden Vorschriften über Arbeitssicherheit und Hygiene erstellt wurden. Bis vor wenigen Jahren schwiegen sogar die Gewerkschaften zu diesen Zuständen. Die Misere wurde noch verschärft, indem die Maschinenindustrie die Schutzvorrichtungen an ihren Erzeugnissen vernachlässigte. Es ist daher anzunehmen, daß die Zahl der Betriebsunfälle in der UdSSR enorm hoch ist. Auf dem Märzplenium des ZK der KPdSU von 1962 machte der Vorsitzende des Unionszentralrates der Sowjetgewerkschaften, *W. W. Grischin*, Angaben über die Betriebsunfälle in den landwirtschaftlichen Staatsgütern (Sowchosen). Im ersten Halbjahr erreichte der dadurch verursachte Arbeitsausfall 1,2 Millionen Arbeitstage⁷⁾.

Bereits auf dem XII. Gewerkschaftskongreß im März 1959 war beschlossen worden, daß Fabriken und Werksabteilungen mit nicht fertiggestellter Ventilation, sanitären Einrichtungen usw. nicht in Betrieb genommen werden dürfen. Etwa seit dieser Zeit datieren stärkere Bemühungen der Gewerkschaften um wirksamen Arbeitsschutz. Von den Gewerkschaften ernannte „*technische Inspektoren*“ verfügen de facto über die gleichen Rechte wie die staatlichen Kontrolleure. Ohne ihre Zustimmung können keine neuen Betriebe die Produktion aufnehmen. Die technischen Inspektoren können die Betriebsverwaltungen wegen Nichtbeachtung der Arbeitsschutzbestimmungen verklagen. Um diese Bemühungen noch stärker zu unterstreichen, entschieden sich die Gewerkschaften für zusätzliche „*gesellschaftliche Inspektoren*“, die auf Arbeitnehmerversammlungen gewählt werden. Unter Druck der Gewerkschaften hat sich das Ministerium für Hochschul- und mittlere Fachschulbildung der UdSSR im Dezember 1961 endlich entschlossen, die Aufklärung über Arbeitsschutz an Hochschulen zu verbessern⁸⁾.

Die Sowjetgewerkschaften besitzen sechs wissenschaftliche Forschungsinstitute für Arbeitsschutz, von denen das Leningrader bereits seit 1927 besteht und hunderte interessanter Studien zu diesem Thema herausgegeben hat. Die Bedeutung dieser Institute für die Praxis ist jedoch mehr als minimal. Es mag aber durchaus sein, daß sich diese Situation aus der Zwangslage der modernen Entwicklung in naher Zukunft ändern wird.

Der zweite Abschnitt, auf dem sich die Gewerkschaften bemühen, den Arbeitern weitgehend entgegenzukommen, ist die *Wohnraumzuteilung*. Sie beteiligen sich nicht nur an der Vergabe von Werkswohnungen, sondern auch von Wohnungen, die von den Lokalbehörden zugeteilt werden. Auch hier ergeben sich immer wieder große Schwierigkeiten, hauptsächlich wegen des in der Sowjetunion sehr drastischen Wohnungsman-

7) Seine Rede wurde in der „Prawda“ vom 10. März 1962 abgedruckt. Zu bemerken ist, daß es in den Sowchosen um die Kontrolle der Arbeitssicherheit sogar noch besser bestellt ist als in den Kolchosen. Grischin führte Beispiele an, wo Maschinen an die Landwirtschaft geliefert werden, ohne daß die vorschriftsmäßigen Schutzvorrichtungen angebracht sind.

8) Beschluß veröffentlicht im Bulletin des Ministeriums für Hochschul- und mittlere Fachschulbildung der UdSSR, Nr. 12/1961, S. 5—9.

gels und in vielen Fällen infolge der Einstellung der Werksleiter, die das Verwaltungspersonal gegenüber den Arbeitern bevorzugen wollen⁹⁾.

Ein dritter Abschnitt, auf welchem sich das Mitspracherecht der Gewerkschaften stetig erhöht, ist die *Lohnpolitik*. Probleme resultieren hier vor allem aus der Arbeitszeitverkürzung, die ohne Lohnabzug verwirklicht werden soll. Hinzu tritt eine immer stärkere Neigung zum Arbeitsplatzwechsel, woraus sich leicht Differenzen zwischen den Arbeitnehmern und der Werksleitung zu ergeben pflegen. Die Betriebsgewerkschaftsorganisationen haben *Lohnkommissionen* eingesetzt, die den Arbeiter über den Errechnungsschlüssel seines Lohnes aufklären und die Verwaltung zur Befolgung der geltenden Tarife anhalten. Sie schalten sich auch in die Festsetzung von übertariflichen Leistungen für Nachtschicht, Überstunden usw. ein. Durch Beschluß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 31. Januar 1957 ist die Rolle der Betriebsgewerkschaftsorganisationen bei Arbeitsstreitigkeiten wesentlich erhöht worden, u. a. wurde es Werksrektoren und -Verwaltungen untersagt, Arbeiter und Angestellte ohne Zustimmung der Betriebsgewerkschaftsorganisation zu entlassen.

Entbürokratisierung der Gewerkschaften?

Zwei parallel laufende Prozesse könnten in Zukunft den Charakter dieser Massenorganisation weitgehend bestimmen: eine stetige Erneuerung der führenden Kader und die seit kurzem forcierte Erhöhung der Zahl der ehrenamtlichen Funktionäre.

Jedes Jahr finden in den Betriebsgewerkschaftsorganisationen Wahlen der leitenden Organe statt, die den Zustrom neuer Kräfte ermöglichen. 1962 wurden 60,7 vH der Mitglieder der Betriebs- und örtlichen Gewerkschaftskomitees neu gewählt, wobei der Anteil der Arbeiter mehr als die Hälfte ausmacht. Die Erneuerung in Gebiets-, Landes- und republikanischen Gewerkschaftskomitees wie auch in den Gewerkschaftsräten ist noch größer und erreichte durchschnittlich zwei Drittel¹⁰⁾. Der Zustrom von Millionen Arbeitern auf führende Posten verursacht jedoch andere, schwer lösbare Probleme. Voraussetzung für die erfolgreiche Tätigkeit eines Gewerkschaftsfunktionärs oder Mitglieds der leitenden Organe ist eine entsprechende Ausbildung. Fehlt sie, so muß sich ein Funktionär im Irrgarten der Gesetze verlaufen. Das umfangreiche Netz von Funktionärschulen ist nicht in der Lage, mit dem Ausmaß der Erneuerung Schritt zu halten. 1962 wird die Mehrzahl der neugewählten Mitglieder der Gewerkschaftskomitees daher nicht imstande sein, bis zum Ablauf ihrer Wahlperiode die notwendigen Schulungskurse zu durchlaufen.

Der Übergang zu ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionären scheint Chancen in sich zu bergen, den bürokratischen Arbeitsstil etwas aufzulockern. Zur Zeit arbeiten 99,5 vH der Werksabteilungs-Gewerkschaftskomitees und etwa 96 vH der Grundorganisationen ohne einen hauptamtlichen Apparat. Das gleiche trifft auf 94 vH der Rayon- und Stadt-Gewerkschaftskomitees zu. Es bestehen sogar einige Gebietsgewerkschaftskomitees, die gänzlich auf bezahltes Personal verzichten¹¹⁾. Die Zahl der ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre wächst rapide — eine Wendung nicht nur im Vergleich mit der Stalinära, sondern auch mit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre. Auf gesellschaftlichem Prinzip arbeiten verschiedene Gewerkschaftskommissionen; der Stab der ehrenamtlichen Instruktoren und Lektoren ist heute um vieles größer als der etatmäßige. In sowjetischen Betrieben gab es beispielsweise Anfang 1961 10 000 ehrenamtliche technische Gewerkschaftsinspektoren und damit dreimal soviel wie hauptamtliche. Selbst-

9) Wie die Gewerkschaften die Wohnraumvergabe handhaben, siehe „Professionalnyje sojusy SSSR“, Gewerkschaftsverlag der UdSSR, Moskau 1961, S. 68—75. 10) „Sowjetskije profsojusy“ Nr. 10/Mai 1962, S. 2. 11) Ebenda, Nr. 11/Juni 1962, S. 2.

verständlich setzt sich diese Tendenz nur gegen den Widerstand der Gewerkschaftsbürokratie durch, es kommt dabei zu ganz grotesken Fällen. Um dem Druck der Gewerkschaftszentrale und der Mitglieder auszuweichen, entschließt sich die Gewerkschaftsbürokratie hin und wieder zur Einführung dieser oder jener Institution auf ehrenamtlicher Basis, verlangt jedoch gleichzeitig, daß ihr hauptamtliche Funktionäre beigegeben werden. Im vergangenen Jahr stellten z. B. Gewerkschaftsorganisationen 700 Anträge auf Erweiterung der Zahl des etatmäßigen Personals. Wären sie positiv beschieden worden, so hätte das bedeutet, daß die Zahl der hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre um 25 000 zugenommen hätte und die jährlichen Ausgaben um 23 Millionen Rubel gestiegen wären.

Ein Sonderbeschluß des X. Plenums des Unionszentralrates der Sowjetgewerkschaften „Über die Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Prinzipien in der Gewerkschaftstätigkeit“¹²⁾ liefert die neuesten Informationen über den Stand dieses Experiments. Zur Zeit gibt es in den Gewerkschaften der UdSSR 22 Millionen ehrenamtliche Aktivisten, fast alle Grundorganisationen werden von nebenberuflichen Funktionären geleitet. Um ihre rasche Ausbildung ist die Gewerkschaftszentrale eifrig bemüht. 1961 wurden in Kursen und Seminaren 4 Millionen Aktivisten mehr geschult als 1959. Natürlich kann bei einer solchen Massenausbildung von einer wirksamen, soliden Schulung keine Rede sein. In erster Linie kommt darin der Wille der Gewerkschaftszentrale zum Ausdruck, den Apparat nicht nur zu erneuern, sondern ihn auf eine gänzlich andere Basis zu stellen. Die Auswertung der sowjetischen Presse und anderer Dokumente bestätigt, daß der Prozeß, möglichst viele außeretatmäßige Funktionäre einzusetzen, in der KPdSU absichtlich nicht in so großem Maße vorangetrieben wird wie in den Gewerkschaften.

Einige Schlußbemerkungen

Der Leser wird gebeten, das Vorstehende lediglich als Hinweis auf die markantesten Prozesse innerhalb der sowjetischen Gewerkschaften zu betrachten. Eines der bereits heute unübersehbaren Merkmale ist aber die stärkere Annäherung der Gewerkschaftsorganisationen an die Arbeitermasse.

Nach wie vor haben die Kommunisten den Gewerkschaften als vordringlichste Aufgabe die Erfüllung und Übererfüllung der Wirtschaftsprobleme, Erhöhung der Arbeitsproduktivität usw. zugeordnet. Das findet seinen Ausdruck in den Beschlüssen der letzten Gewerkschaftskongresse, indem betont wird, daß den Werktätigen vor Augen geführt werden müsse, daß „der Aufbau des Kommunismus“ unmittelbar von den Produktionserfolgen und von der Steigerung der Arbeitsproduktivität abhängt. Die veränderte Realität zwingt aber nicht nur die Gewerkschaftsführer, sondern auch die Kommunisten dazu, anzuerkennen, daß diese Ziele auf andere als die bisher übliche Weise erreicht werden müssen. So bietet sich ein ziemlich weitgesteckter Rahmen für die Umformungsprozesse in den sowjetischen Gewerkschaften an, der eher zur Erweiterung als zur Verengung tendiert. Diese Vorgänge sollten ohne zu optimistische wie auch zu pessimistische Beurteilung verfolgt werden. Bildet doch eine so mächtige Massenorganisation wie die sowjetischen Gewerkschaften eine potentielle Macht, deren Stimme zu gegebener Zeit für die Zukunft der Sowjetunion von Bedeutung sein könnte.

12) Siehe „TRUD“ vom 1. August 1962.